

pen die Nitratbelastung durch einen Teil der landwirtschaftlichen Betriebe kritisiert. Jetzt, da ein Erfolg nahe zu sein scheint, schlagen sie sich auf die Seite der „Staatsmacht“ und fragen nicht mehr danach, was denn die Bauern sagen, die auch schon seit vielen Jahren die Überdüngung kritisieren und längst eigene Praxisbeispiele einer dauerhaften Landwirtschaft vorleben. Deren Forderungen nach politischen Änderungen der DÜV bestehen vor allem darin, die Regelungen nicht pauschal, sondern differenziert zu gestalten: Das Verursacherprinzip muss angewendet werden. Das bedeutet vor allem:

- × Die Betriebe, die auf Grund ihres Viehbesatzes und ihrer Düngungspraxis keine Nitratbelastung verursachen, müssen von der DÜV befreit sein.
- × Die Grundwasserbelastung mit Nitrat konzentriert sich auf wenige Regionen in Deutschland. Hier ist vor allem und zwingend eine Anpassung des Tierbesatzes an die im Betrieb vorhandene Fläche erforderlich.
- × Stark kritisiert wird auch die in der DÜV vorgesehene Festschreibung auf bestimmte, in der Anschaffung sehr teure und für den Boden sehr schwere Technologien (z. B. die „Schleppschlauchvertei-

lung“; hierbei geht es vor allem um die Verringerung von Ammoniakemissionen).

Schlussendlich: Es könnte sein, dass die DÜV in ihrer jetzigen Form gar nicht die erhoffte Wirkung entfalten wird, denn die vorgeschriebenen Verfahren der Düngedarfsermittlung „stehen ja nur auf dem Papier“. Ob es zwischen „Papier“ und realer Düngungspraxis eine Beziehung gibt, ist eine offene Frage. Die Alternative bestünde darin, eine Düngereordnung so aufzubauen, dass eine sparsame Düngung zum Eigeninteresse der Landwirte wird. Ein generell sparsamer Umgang mit Dünger setzt aber voraus, dass Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft geändert werden. So lange diese so gestrickt sind, dass erfolgreiche Landwirtschaft heißt, intensiv zu wirtschaften, sehr große Tierbestände und hohe Naturalerträge, wird die Tendenz zur Überdüngung dauerhaft erhalten bleiben.



Onno Poppinga

Der Autor ist Landwirt im Nebenerwerb und pensionierter Professor für Agrarpolitik der Uni Kassel.

# WIR HABEN ES SATT! IM ZEHNTEN JAHR:

## Es war einmal ... das Märchen vom billigen Essen und der grünen Revolution

Die Bundesregierung übernimmt im Juni 2020 die EU-Ratspräsidentschaft und steht somit besonders in der Verantwortung, die Weichen für eine zukunftsfähige Agrarpolitik in Brüssel zu stellen. Wir haben es satt! nimmt dies zum Anlass, die Forderung nach einer bäuerlich-ökologischeren Landwirtschaft erneut in die politischen Korridore zu tragen.

**J**ulia Klöckner **fühlte** sich provoziert durch die 27.000 TeilnehmerInnen der Wir haben es satt!-Demonstration, die gemeinsam mit BäuerInnen – nunmehr zum zehnten Mal – gegen die Auswüchse der globalisierten Agrarindustrie demonstrierten. Konkret forderten die DemonstrantInnen eine Umverteilung der Agrarsubventionen der Europäischen Union (EU) zur Unterstützung von bäuerlichen Betrieben in der Agrarwende. Sie forderten mehr In-

sekten-, Tier- und Klimaschutz, weniger Pestizide auf den Äckern, sowie ein Veto gegen das EU-Mercosur-Handelsabkommen und neue Gentechnikverfahren.

### Alles Bullerbü oder was?

Man könnte meinen, eine solche Demo sorge für Wind in den Segeln einer Ministerin, deren Aufgabe es sein sollte, das massive Höfesterben zu beenden, Perspektiven für ein gutes Leben auf dem Land zu

schaffen und den deutschen Agrar- und Ernährungssektor in die Klimaneutralität zu führen. Fehlanzeige! Julia Klöckner wirft den DemonstrantInnen lieber „Bullerbü“-Mentalität vor und lässt ihrerseits nicht ab vom „Wachse oder weiche“, dem Märchen des Deutschen Bauernverbandes.

Seit Jahrzehnten befeuert die deutsch-europäische Agrarpolitik eine Überproduktion vor allem von Milch und Fleisch. Sie setzt auf Billigexporte und verteidigt die Interessen der Agrar- und Chemiekonzerne. Dass diese Rechnung nicht aufgeht, zeigt sich unter anderem am Arten- und Höfesterben, an schwindenden planetaren Ressourcen wie fruchtbarem Ackerboden, Weideland und Wasser. Es zeigt sich an verdorrten Feldern, massiven Emissionen insbesondere der Tierindustrie, steigender Antibiotikaresistenz, Lebensmittelverschwendung und ernährungsbedingten Erkrankungen.

Niemand kann es sich leisten, so weiterzumachen, das zeigen auch die wütenden Proteste von ‚Land schafft Verbindung‘. Diese demonstrierten fast zeitgleich zu Wir haben es satt! ebenfalls gegen die Politik der Ministerin und für mehr Wertschätzung von landwirtschaftlicher Arbeit. Sie warnen vor der Not der Betriebe, die mit Recht befürchten müssen, auf den Kosten der aktuellen Politik und der verschleppten Reformen sitzen zu bleiben.

### **Fakten gibt es genug, allein am politischen Willen fehlt es**

Wir benötigen massive Investitionen, um möglichst schnell und sozialverträglich auf ein klimaneutrales, biodiverses und regionalisiertes Agrar- und Ernährungssystem umzuschwenken. Aber statt echte Perspektiven für eine bäuerliche, ökologischere Landwirtschaft zu schaffen, plakatiert das CDU-geführte Agrarministerium lieber eine inhaltsfreie Werbekampagne unter dem Motto „Du entscheidest“ und bügelt somit die Verantwortung auf KonsumentInnen ab.

Doch die sitzen am deutlich kürzeren Hebel. Es ist falsch zu suggerieren, es sei erstrebenswert und verantwortungsvoll, eine Wahl treffen zu können – ja, treffen zu müssen – zwischen Lebensmitteln, die

das Klima, Tiere und Umwelt schützen, und jenen, die es nicht tun. Die Politik muss die richtigen Rahmenbedingungen schaffen und somit den Umbau für Betriebe finanzierbar machen.

Seit Juni 2018 verhandeln die Staaten der EU über Agrarreformen. Durch ein Umsteuern könnten rund 60 Milliarden Euro Agrarfördergelder pro Jahr gezielt für die Transformation der Landwirtschaft genutzt werden. Es könnten Betriebe unterstützt werden, die Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen umsetzen, Tierwohl und Humusaufbau fördern und regionale Versorgungsstrukturen aufbauen und beliefern.

Die Bundesregierung übernimmt Mitte des Jahres die EU-Ratspräsidentschaft und leitet somit nicht nur die Abstimmungen zwischen den Mitgliedsstaaten, sondern voraussichtlich auch die Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament. Damit steht sie besonders in der Verantwortung.

Das Wir haben es satt!-Bündnis wird dies zum Anlass nehmen, den Unmut der Menschen über die jahrelangen Fehlentwicklungen und den Wunsch nach einer Agrarwende im Schulterchluss mit der Bauernschaft erneut auf die Straße und in die politischen Korridore zu tragen. Es geht uns dabei um Handlungsspielräume im Umgang mit der existenziellen ökologischen und klimabedingten Notlage und um die Unterstützung regionaler, bäuerlicher und handwerklicher Versorgungsstrukturen.

Unsere Gesellschaft kann sich die pauschale Subventionierung und fortschreitende Machtkonzentration im Agrar- und Lebensmittelsektor nicht mehr leisten. Die Wertschätzung für bäuerliche Arbeit ist nach wie vor groß und spiegelt sich auch im Wunsch, das aktuelle System im Interesse der Bäuerinnen und Bauern zu verändern. Natürlich braucht es faire Preise für Lebensmittel, die die realen Kosten der Produktion decken und ein gutes Einkommen ermöglichen. Der Markt wird dies nicht richten.



*Saskia Richartz*

Die Autorin leitet die Kampagne Meine Landwirtschaft/Wir haben es satt!

# RUNDBRIEF

Forum Umwelt und Entwicklung

1/2020



## VERMARKTETE MEERE

### WER VERDIENT AN DER ZERSTÖRUNG DER OZEANE?

#### **FOLLOW THE PLASTIC MONEY!**

Wer profitiert von der  
Verschmutzung der Meere?  
› Seite 2

#### **ZERSTÖRERISCHE FISCHEREI**

Warum schaffen wir es nicht,  
die Überfischung zu beenden?  
› Seite 12

#### **EIN TECHNOFIX FÜR DAS KLIMA?**

Die Interessen hinter dem  
Geoengineering im Meer  
› Seite 23

#### **SEEMANN, LASS DAS TRÄUMEN!**

Das Meer als Arbeitsplatz  
› Seite 26

ISSN 1864-0982